Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 261 (1982)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376437

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bührer

Weltpolitischer Rückblick

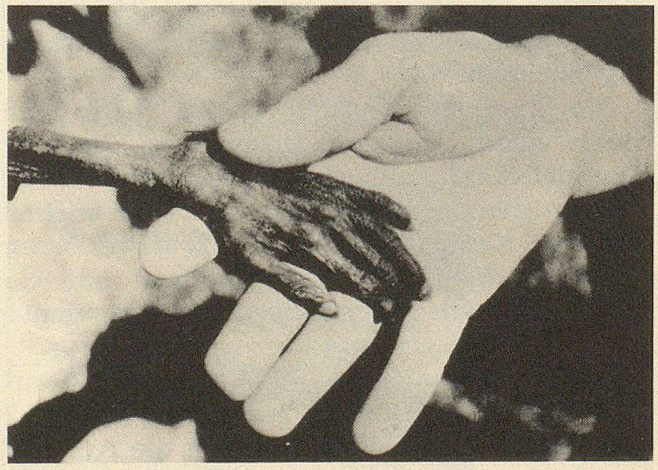
«Im Verlauf der beiden kommenden Jahrzehnte werden die Entwicklungsländer vor beispiellosen Herausforderungen stehen: Sie müssen für ein Arbeitskräfteangebot, das bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich um mehr als 500 Millionen Menschen zunehmen wird, produktive Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen; im gleichen Zeitraum müssen ihre Städte für fast eine Milliarde zusätzliche Einwohner Arbeitsplätze, Wohnraum, Verkehrseinrichtungen, Wasserversorgung, Kanalisation und Gesundheitsdienste bereitstellen . . .» Diese mahnenden Sätze hat der mittlerweile zurückgetretene Weltbankpräsident *Robert McNamara* in seinem Vorwort dem Bericht der sogenannten «Nord-Süd-Kommission» (Kommission Brandt) vorangestellt, welche die künftigen Beziehungen zwischen industrialisierter Welt und Entwicklungsländern zu untersuchen hatte. McNamaras Worte verhallten nahezu ungehört, und der umfangreiche Bericht, der in einem Sofortprogramm für die erste Hälfte der achtziger Jahre einen gross angelegten Transfer finanzieller Mittel in die Entwicklungsländer, eine internationale Energiestrategie, einen weltumspannenden Nahrungsmittelplan sowie eine «zielbewusste Inangriffnahme von Reformen des Weltwirtschaftssystems» anregte, verschwand, kaum veröffentlicht, in den Schubladen von UNO-Sekretariaten und Entwicklungsorganisationen.

Dabei handelt es sich bei den in der Studie der Nord-Süd-Kommission angeschnittenen Fragen um *Menschheitsprobleme ersten Ranges.* Bevölkerungswachstum, steigender Bedarf an Energie und Rohstoffen, Raubbau an Meeren und natürlicher Umwelt lassen überdies die Frage nach der Belastbarkeit des «Raumschiffes Erde» von Jahr zu Jahr akuter erscheinen. Wo liegen die unüberschreitbaren *«Grenzen des Wachstums»,* auf welche namhafte Wissenschaftler («Club of Rome») schon anfangs der siebziger Jahre aufmerksam gemacht hatten?

Schicksalsfragen dieser Art haben im zu beschreibenden Zeitraum (Mai 1980 bis Mai 1981) Öffentlichkeit und Politiker in den Industrieländern nurmehr am Rande beschäftigt. Vielerorts ist Ernüchterung über Sinn und Nutzen der Entwicklungshilfe eingetreten, und aktuelle *Wirtschaftsprobleme* (Arbeitslosigkeit, Inflation) schoben sich allenthalben mächtig in den Vordergrund. Wichtiger noch: Das weltpolitische Geschehen sah sich erneut in steigendem Masse vom *Ost-West-Gegensatz* beherrscht, einer Auseinandersetzung zwischen zwei politischen und ideologischen Systemen, welche in den siebziger Jahren, im Zeichen der vielgepriesenen «Entspannung», spürbar in den Hintergrund getreten war.

*

Die grosse Wende hatte, in den letzten Tagen des Jahres 1979, die sowjetische *Intervention in Afghanistan* herbeigeführt; erstmals war damit ein blockfreies, neutrales Land durch einen skrupellosen Akt dem Machtbereich einer Supermacht einverleibt und seiner Souveränität beraubt worden. Weder der Widerstand afghanischer Freiheitskämpfer, noch die von der grossen Mehrheit der Völkerge-



Hunger — für Millionen von Menschen nach wie vor ein todbringender Begleiter.

meinschaft wiederholt bekräftigte Rückzugsforderung, noch die von den westlichen Nationen unter amerikanischer Führung ergriffenen Sanktionsmassnahmen haben die UdSSR seither zu einer Kursänderung bewogen: Anderthalb Jahre nach Beginn der Besetzung Afghanistans stehen noch immer gegen 100 000 Sowjetsoldaten in diesem zentralasiatischen Bergland. Was immer die Motive dieser Intervention gewesen sein mögen, so hat sich als direkte Folge die Bedrohung der für die westliche Energieversorgung lebenswichtigen Golfregion in erheblichem Masse verstärkt.

Zur rapiden Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses trug aber auch die unter dem Deckmantel der Entspannung jahrelang betriebene *sowjetische Aufrüstung* bei: Dank dem «grössten Flottenbauprogramm aller Zeiten» sieht sich der Kreml heute in der Lage, an allen Krisenpunkten der Erde seinen Einfluss direkt geltend machen zu können.

Der *afrikanische Kontinent* mit seinem immensen Rohstoffreichtum blieb in besonderem Masse dem Zugriff des sowjetrussischen Expansionsstrebens ausgesetzt: An die 40 000 kubanische Soldaten und Experten, daneben Hunderte von Militärberatern und zivilen Fachleuten aus allen Ostblockstaaten, hielten ihre Präsenz in Schwarzafrika aufrecht: Hauptableger des Sowjetkommunismus blieben *Angola, Moçambique* und *Äthiopien,* während andererseits Zimbabwe unter der Regierung des «Marxisten» Robert Mugabe einen klugen Kurs zwischen den Machtblöcken steuerte. Mit nicht geringer Sorge wurde im Westen wie auch in den angrenzenden Ländern Schwarzafrikas das (vorläufige) Ende des Bürgerkrieges in *Tschad* registriert: Handelte es sich dabei, wie namentlich in Kreisen der OAU erklärt wurde, um die handstreichartige Annexion des uranreichen Landes durch Libyen? Durch einen Staat, der seinerseits enge Beziehungen zu Moskau unterhält? Jedenfalls zog Libyen, nach dem Machtwechsel in Ndjamena, seine rund 4000 Soldaten (noch) nicht aus dem Wüstenland Tschad zurück.

Von der sowjetischen Aufrüstungspolitik blieb auch *Europa* nicht verschont: Nachdem sich der Warschauer Pakt in den vergangenen Jahren bei den mechanisierten Verbänden und in der Luft einen zahlenmässig erdrükkenden Vorsprung gegenüber der NATO verschafft hatte, drohte das Gleichgewicht durch die Produktion und Stationierung der Mittelstreckenrakete SS-20 auf östlicher Seite vollends in Brüche zu gehen. Auch wenn kaum anzunehmen ist, dass der Warschauer Pakt einen militärischen Schlag gegen Westeuropa für die nächsten Jahre ins Auge gefasst hat, so stellt allein die Tatsache, dass er es tun könnte — sofern die USA nicht den globalen Nuklear-Holocaust riskieren wollen — ein *erschreckendes Drohpotential* dar.

*

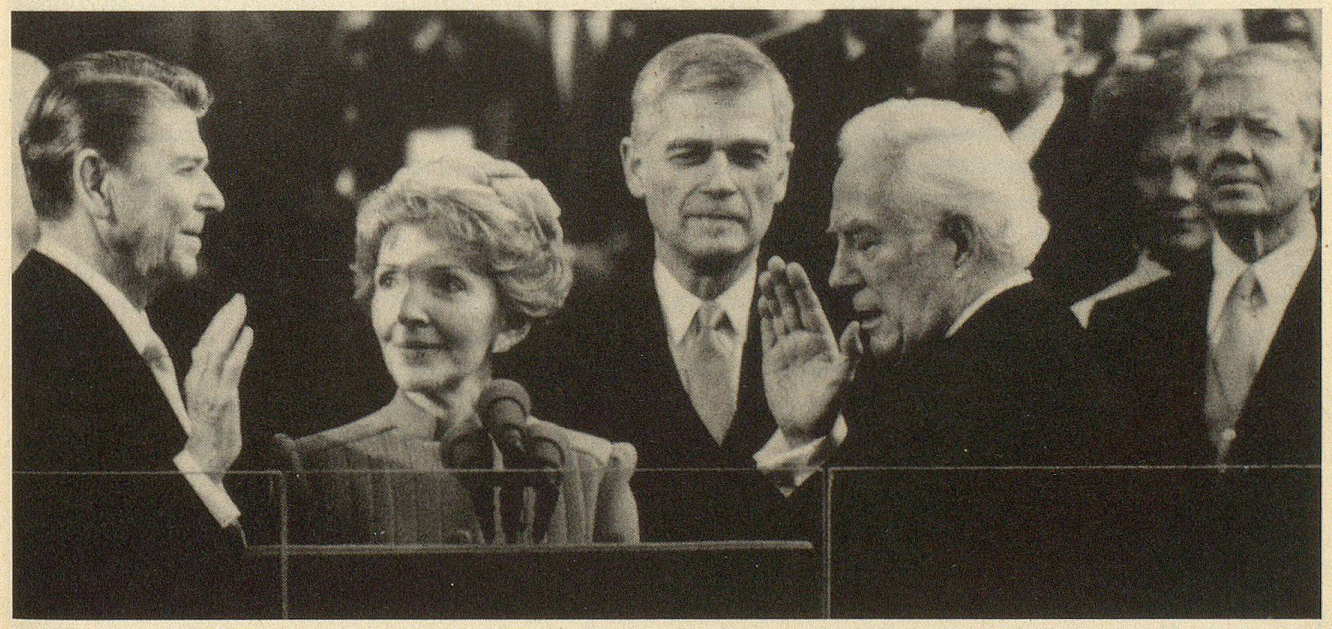
In diesem Zusammenhang bedarf auch das Phänomen des *Terrorismus* der Erwähnung: Einer Hydra gleich, der anstelle eines abgeschlagenen Hauptes oft mehrere neue nachwachsen, macht es verschiedenen westlichen Demokratien immer noch schwer zu schaffen (interessanterweise gibt es im kommunistischen Machtbereich sozusagen keinen Terrorismus!). Nach der Entführung (und späteren Freilassung) des italienischen Richters Giovanni d'Urso durch die Roten Brigaden hat Staatspräsident *S. Pertini* die Sowjetunion öffentlich der Drahtzieherschaft bezichtigt, und Amerikas neuer Präsident Ronald Reagan sowie sein Aussenminister Alexander Haig wurden zu Beginn ihrer Amtszeit nicht müde, Moskau der Unterstützung terroristischer Aktionen in aller Welt anzuklagen. In der Tat hat die *UdSSR* seit dem 25. Parteitag (1975) nie einen Hehl aus ihrer Absicht gemacht, «anti-imperialistischen» Bewegungen im Ausland unter die Arme zu greifen; dabei blieb stets unklar, ob (und wo) der Kreml Grenzen zwischen (legitimem) Befreiungskampf gegen unterdrückerische Regime einerseits und Terroraktionen, die auf die Entstabilisierung demokratischer Staatswesen abzielen, andererseits zu ziehen bereit war. Tatsächlich weiss man heute, dass eine grosse Anzahl westeuropäischer Terroristen (Rechts- ebenso wie Linksextremisten) in den vergangenen Jahren in *Irak, Südjemen* und *Libyen* Unterschlupf gefunden hatten und in speziellen La-

gern ausgebildet worden waren — in Staaten somit, welche allesamt enge Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten. Tschechoslowakische und russische Waffen haben überdies zu Tausenden den Weg ins Baskenland, nach Nordirland und in die Türkei gefunden.

Im *Land am Bosporus* drohten Terroraktionen von links und rechts schnurgerade in einen offenen Bürgerkrieg auszumünden — solange, bis die Streitkräfte einmal mehr die Macht ergriffen, um dieses Krebsübels Herr zu werden und abermals Voraussetzungen für eine echte Demokratie zu schaffen. — Trotz eines weitreichenden Autonomiestatuts für das *Baskenland* mordete die Untergrundorganisation ETA unentwegt weiter: Ihre Anschläge richteten sich «mit Vorliebe» gegen Militär- und Polizeipersonen — um Armee und Guardia Civil ihrerseits zu einem Schlag gegen die erst fünf Jahre alte spanische Demokratie zu provozieren und dadurch vielleicht einen neuen Bürgerkrieg auszulösen. Diese Rechnung wäre beinahe aufgegangen, als Mitglieder der Guardia Civil unter Oberst Tejero zu einem Staatsstreichversuch ausholten, der jedoch an der entschlossenen Haltung König Juan Carlos' scheiterte. — In *Nordirland* sorgte der Hungertod von IRA-Häftlingen für eine neue Eskalation, ohne das Bürgerkriegsgeschehen einer Lösung auch nur einen einzigen Zoll näherzubringen. — Während der Anschlag auf US-Präsident *Reagan* allem Anschein nach die Tat eines geistig umnachteten Einzelgängers war, handelte es sich beim Attentäter gegen Papst *Johannes Paul II.*, einem Türken, offenbar um einen «Killer» mit internationalen «Beziehungen». Ungeklärt blieben bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Betrachtungen die Mordanschläge gegen den österreichischen SP-Politiker *Heinz Nittel* sowie gegen den hessischen Wirtschaftsminister *Heinz-Herbert Karry*.

*

Blieb die sowjetische Aussenpolitik im wesentlichen geradlinig, so gab es auf amerikanischer Seite eine tiefgreifende *Tendenzwende* zu beobachten: Seit dem Amtsantritt der Administration Reagan sind unmissverständliche Signale ausgestrahlt worden, das Hegemonialstreben der östlichen Supermacht nicht länger widerstandslos hinzunehmen. Reagans Wahlsieg entsprang zweifellos zu einem nicht geringen Teil der *Unsicherheit über die Rolle der USA* in der Welt, welche die Präsidentschaft Jimmy Carters vermittelt hatte.



An der amerikanischen Staatsspitze löste der Republikaner Ronald Reagan (links) den seit vier Jahren amtierenden Präsidenten Jimmy Carter (Hintergrund rechts) ab.

Die neuen (rauheren) Töne aus Washington stiessen freilich nicht überall in der westlichen Welt auf eitel Zustimmung: In verschiedenen Ländern Westeuropas kollidierten sie mit der *pazifistischen* Einstellung eines wachsenden Teils der Jugend und der Linken sowie mit der Bereitschaft zahlreicher Politiker, sich (aus wahltaktischen Gründen?) gegen die Stationierung von Nuklearwaffen auszusprechen. Stein des Anstosses war und blieb der Doppelbeschluss der NATO über die *Nachrüstung* vom Dezember 1979, gemäss dem das westliche Verteidigungsbündnis ab 1983 572 Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik, in Italien und Grossbritannien stationieren wird, falls die östliche Seite in Verhandlungen nicht dazu Hand bietet, ein Gleichgewicht der Waffensysteme auf möglichst tiefem Niveau herbeizuführen. Wie schon 1978 gegen die Neutronenbombe zog der Kreml alle Register seiner Propagandaorgel, und er hatte damit insofern Erfolg, als selbst namhafte westdeutsche Sozialdemokraten den USA hinsichtlich ihrer militärischen Anstrengungen «törichtes Handeln» vorwarfen, Moskau jedoch in ihren Angriffen weitestgehend ausklammerten.

Probleme hatte Washington freilich auch mit den Regierungsverantwortlichen der NATO-Länder und Japans: Sowohl die amerikanischen Pläne für eine gemeinsame *Verteidigung der Golfregion* als auch das Drängen Washingtons nach stärkerer finanzieller Beteiligung der Verbündeten an den gemeinsamen Verteidigungslasten stiessen auf sichtbare Zurückhaltung und Skepsis. Dennoch vermochte das NATO-Bündnis seinen Zusammenhalt im grossen ganzen zu bewahren: Während *Griechenland* der Paktorganisation wieder beitrat, zeichnete sich auch ein bevorstehender Einbezug *Spaniens* ab.

*

Der Ostblock sah sich seinerseits in der Berichtsperiode der wohl grössten Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber: In *Polen* entzog sich just die Arbeiterschaft — gemäss marxistischer Lehre die fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft — in machtvollen Demonstrationen der kommunistischen Herrschaftsordnung. Durch Arbeitsniederlegungen wurde dem Staatsapparat die Gründung unabhängiger Gewerkschaften abgetrotzt; ebenso stellten der Abbau staatlicher Zensurbestimmungen und die Verankerung des Streikrechts im neuen Gewerkschaftsgesetz das Machtmonopol zunehmend in Frage, welches die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (KP) bislang besessen hatte.

Dass sie die polnischen Ereignisse als schwerwiegende Herausforderung empfand, daran liess die *Sowjetunion* von Anfang an keinen Zweifel aufkommen: Truppenkonzentrationen an den polnischen Grenzen sowie ungewöhnlich lange WAPA-Manöver deuteten darauf hin, dass der Kreml die Option einer bewaffneten Intervention stets im Auge behielt. Weshalb das befürchtete Eingreifen (bis Mai 1981) nicht stattfand, ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch kaum schlüssig zu beantworten: Gaben wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag — der Umstand nämlich, dass nach einer Intervention die UdSSR die Krisensituation allein und ohne die Aussicht auf weitere westliche Kredite zu bewältigen hätte? Oder einhellige westliche Warnungen vor einem Eingreifen? Oder die Rücksichtnahme auf den Krisenherd Afghanistan? Oder die Aussicht, in Polen ein geeintes und womöglich kampfbereites Volk mit Waffengewalt unterwerfen zu müssen? Oder die kraftvolle Persönlichkeit Karol Wojtylas auf dem päpstlichen Thron, deren moralisches Gewicht zweifellos Divisionen aufwiegt?

Wie dem auch sei: Das polnische Experiment darf schon heute als eine der *wichtigsten Episoden der neueren europäischen Geschichte* bezeichnet werden — mit unabsehbaren Ausstrahlungsmöglichkeiten innerhalb des gesamten sowjetkommunistisch beherrschten Imperiums.

*

So unterschiedlich die Voraussetzungen und die Ereignisse im einzelnen waren, so zeigten sich einige verblüffende Parallelen zwischen der *Polen-Krise* und den revolutionären Umwälzungen, die *Iran* erschüttert hatten. Hier

wie dort setzte sich praktisch ein ganzes Volk gegen ein «fremdes» Herrschaftssystem zur Wehr; hier wie dort richtete sich die Stosskraft letzten Endes, direkt oder indirekt, gegen die Abhängigkeit von einer ausländischen Supermacht; auf beiden Seiten, in Washington wie in Moskau, gab es überdies ähnlich ratlose und zuweilen nervöse Reaktionen zu beobachten — im Kreml wie im Weissen Haus dürfte man sich in der Berichtsperiode mehr als einmal als Riese auf tönernen Füssen vorgekommen sein: So zehrte beispielsweise das *Teheraner Geiseldrama* volle 444 Tage lang, bis zum Augenblick der Amtsübernahme Ronald Reagans, an den Nerven der Amerikaner, und das Gefühl der Hilflosigkeit angesichts dieser terroristischen Vergewaltigung scheint denn auch bei der Wegwahl Jimmy Carters im November 1980 eine wichtige, wenn nicht gar die ausshlaggebende Rolle gespielt zu haben.

Die relative Machtlosigkeit der Supermächte USA und UdSSR erwies sich auch beim Ausbruch des *Krieges zwischen Iran und Irak,* der in seiner Anfangsphase die gesamte Golfregion in Brand zu stecken drohte. Monatelang schleppte sich der Konflikt dahin — unberechenbar sowohl für den Westen als auch für die Sowjetunion. Selbst die Konferenz Islamischer Staaten und die Sozialistische Internationale erzielten angesichts der unnachgiebigen Forderung der Iraner nach vorgängigem vollständigem Truppenrückzug der Iraker keinen Durchbruch. Irak hatte das von inneren Auseinandersetzungen erschütterte Nachbarland am 22. September 1980 angegriffen, um erstens die volle Souveränität über den Schatt-el-Arab, den gemeinsamen Unterlauf von Euphrat und Tigris, zurückzuerlangen, zweitens die iranische Provinz Khusistan mit ihrer arabischstämmigen Bevölkerungsmehrheit zu befreien und drittens dem Ayatollah-Regime in Teheran, das seit dem Sturz des Schahs ununterbrochen die irakischen Schiiten gegen die (sunnitische) Baath-Herrschaft in Bagdad aufgewiegelt hatte, einen Denkzettel zu verpassen. Diese Kriegsziele hatten die Iraker mit Leichtigkeit zu erreichen gehofft; aus den Trümmern der arg

Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak beschwor für kurze Zeit die Gefahr einer globalen Erdöl-Versorgungskrise herauf.

dezimierten iranischen Armee gelang es Präsident Bani-Sadr jedoch mit Erfolg, einen Abwehrgürtel vor den Städten Abadan, Dezful und Ahwas aufzubauen.

Die Ereignisse am Golf verdrängten den *israelisch-arabischen Konflikt* während Monaten aus den Schlagzeilen der Weltpresse: Durch unzählige Querelen gespalten, vermochte sich das arabische Lager weder gegen die unaufhaltsame Siedlungsbewegung in den von Israel besetzten Gebieten noch gegen die von der Knesset beschlossene Proklamation Jerusalems zur ungeteilten Hauptstadt des Judenstaates zu einer geschlossenen Reaktion aufzuraffen. Wie brisant der arabisch-israelische Konflikt trotz des Friedensvertrages zwischen Jerusalem und Kairo geblieben ist, bewies die sogenannte «Raketenkrise» um die von Syrien in Libanon stationierten Boden-Luft-Raketenbatterien, deren Abzug Israel ultimativ verlangte.

*

Stichwortartig seien abschliessend einige weitere Schwerpunkte des weltpolitischen Geschehens der Berichtsperiode herausgegriffen:

- Im Bürgerkriegsgeschehen in *El Salvador* zeichnete sich eine drohende Internationalisierung ab, nachdem festgestellt worden war, dass die Aufständischen das Gros ihres Nachschubes aus Nicaragua und Kuba erhielten, und nachdem die USA unter Präsident Reagans Stabführung begonnen hatten, der in San Salvador regierenden Junta mit Militärhilfe und Beratern unter die Arme zu greifen.
- In der *Bundesrepublik Deutschland* überstand die sozialliberale Koalition zwar die Bundestagswahlen vom Oktober 1980 siegreich (Gewinne konnte vor allem die FDP verbuchen); doch machten ihr im ersten Jahr der neuen Legislatur zunehmende Auseinandersetzungen in den Reihen der SPD zu schaffen.
- In *Frankreich* löste der Sozialist François Mitterrand den bisherigen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing an der Staatsspitze ab.

Innenpolitische Chronik

Selten genug beschäftigen sich die ausländischen Medien mit der Schweiz — zu unspektakulär sind hierzulande üblicherweise die politischen Vorgänge, zu unbedeutend wohl auch unsere Probleme, gemessen an weltweiten Massstäben. Wenn dies in der Berichtsperiode dennoch einigermassen oft geschah, so hatte das seinen ganz besonderen Grund: Verschiedene Schweizer Städte wurden von *Jugendunruhen* erschüttert, und für einmal gab es für ein tiefgreifendes gesellschaftliches Phänomen kaum auswärtige Vorbilder. «Macht aus dem Staat Gurkensalat!», hiess das Motto einer «Bewegung», deren Exponenten mindestens teilweise vor Gewalt und Ausschreitungen nicht zurückscheuten. So unfassbar der Jugendprotest im einzelnen erschien, so lief er letzten Endes auf eine *neue und spektakuläre Form der Zivilisationsverweigerung* hinaus. Hierin unterschied sich die Jugendrevolte von 1980/81 grundlegend von der 68er-Bewegung, die klar umrissenen politischen Leitbildern (Ho Chi Minh, Mao, Che Guevara) gefolgt war.

Jugendunruhen in verschiedenen Schweizer Städten — Krankheitssymptom unserer Wohlstandsgesellschaft? Foto Keystone

Entzündet hatten sich die Jugendunruhen Ende Mai 1980 an einem (der Volksabstimmung unterbreiteten) Kredit von 61,3 Mio Franken für den Umbau des Zürcher Opernhauses. Bis Weihnachten (und vereinzelt auch 1981) wiederholten sich in der *Zürcher Innenstadt* praktisch Wochenende für Wochenende Krawalle mit Strassenschlachten, Sachbeschädigungen und Plünderungen. Auf der Gegenseite agierten auch Polizei und Behörden nicht immer sehr geschickt angesichts der beispiellosen Herausforderung durch die «Bewegung». Kristallisationspunkt bildete — ähnlich wie 1968 — die Forderung nach einem von den staatlichen Behörden zwar finanzierten, ansonsten aber unabhängigen («autonomen») *Jugendzentrum* (AJZ); später verschrieben sich Teile der «Bewegung» auch dem *Kampf gegen die Wohnungsnot* (Haus-

besetzungen). Neben Zürich wurden namentlich Basel, Bern, St.Gallen und Lausanne von der Protestwelle erfasst.

So sehr Sachbeschädigungen und Gewalt in unserem Rechtsstaat auch zu verurteilen sind, so dürften die Unruhen dennoch einen heilsamen und für die Zukunft vielleicht hilfreichen Effekt gehabt haben: Sie zwangen nämlich eine gesättigte und in mancher Hinsicht träg gewordene *Wohlstandsgesellschaft* zum grundsätzlichen Überdenken ihrer eigenen Situation: Hatte der Jugendprotest seine Wurzeln vielleicht nicht in einem Mangel an Wärme und Mitmenschlichkeit in den Beziehungen untereinander, in einem Gefühl wachsender Hilflosigkeit angesichts festbetonierter politischer und städtebaulicher Strukturen, in einer langezeit unterdrückten Wut ob eines vielerorts zur Sinnlosigkeit gediehenen Strebens nach Prestige und materiellen Gütern?

*

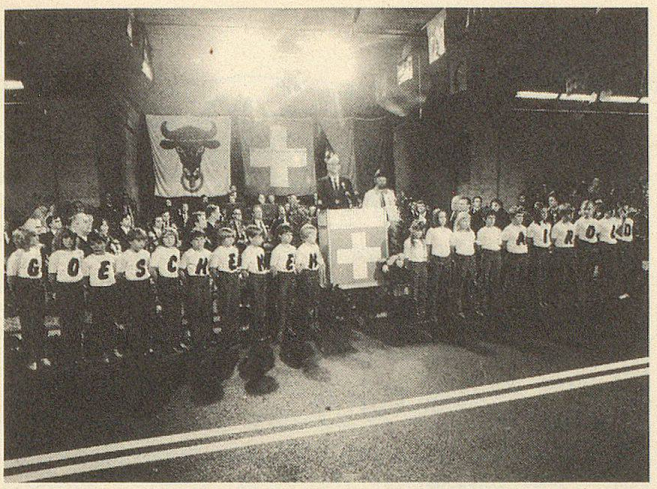
Abgesehen von dieser ernstzunehmenden Herausforderung an Staat und Gesellschaft bewegte sich die helvetische Politik in durchaus gewohnten Bahnen. Wie in den Vorjahren standen auf Bundesebene *Finanzprobleme* im Vordergrund; auch 1980 musste, trotz namhaften Einsparungen, ein Defizit von über einer Milliarde Franken (1071 Mio Franken) registriert werden. Gutgeheissen wurde vom Souverän ein weiteres Sparpaket, das den Verzicht auf die Brotverbilligung durch den Bund sowie den Abbau der Kantonsanteile am Reingewinn der Alkoholverwaltung und am Ertrag der Stempelabgaben zum Inhalt hatte. Auch die Verlängerung der geltenden Bundesfinanzordnung über das Jahr 1982 hinaus stiess bei den eidgenössischen Räten nicht auf nennenswerten Widerstand, doch handelte es sich — abgesehen von einer mässigen Erhöhung der Warenumsatzsteuer und erhöhten Sozialabzügen bei der direkten Bundessteuer — eher um eine verfassungsrechtliche Angelegenheit, die dem Bund nur geringfügige Mehreinnahmen verschaffen wird.

Echten Verbesserungen auf der Einnahmenseite stellten sich indessen weiterhin fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg: Eine vom Bundesrat vorgeschlagene Besteuerung der Treuhandguthaben *(Bankkundensteuer)* scheiterte in beiden Räten bereits auf Kommissionsebene, und das Schicksal anderer möglicher Sonderabgaben blieb höchst ungewiss. Eher überraschend entschied sich eine Nationalratskommission zugunsten der Einführung einer *Autobahnvignette* sowie einer *Schwerverkehrssteuer;* günstigstenfalls würden dem Bund dadurch ab 1983 jährlich zusätzliche 500 bis 600 Millionen Franken zur Verfügung stehen, doch dürfte diesen Anträgen zweifellos noch einiger Widerstand erwachsen — wie im übrigen wohl auch der vom Bundesrat befürworteten Unterstellung des Energieverbrauchs unter die Warenumsatzsteuer.

*

Auf dem *Verkehrssektor* gab es nicht weniger als drei wichtige «Meilensteine» zu registrieren, die auch ausserhalb unserer Landes-

fm-futter
071 22 30 35
FRITZ MARTI AG 9001 ST.GALLEN



Durch den Bau des Gotthard-Strassentunnels sind sich Deutschschweiz und Tessin abermals ein Stück weit näher gerückt. Foto Keystone

grenzen Beachtung fanden: Am 5. September 1980 wurde der längste Strassentunnel der Welt, der 16,9 km lange, zweispurige *Gotthard-Strassentunnel* zwischen Göschenen und Airolo, dem Verkehr übergeben; das technisch wie baulich eindrückliche Werk, durch das ein weiterer «Brückenschlag zwischen Nord und Süd» möglich wurde, war in elfjähriger Arbeit und mit einem Kostenaufwand von 690 Mio Franken errichtet worden. Mehr noch, nämlich 746 Mio Franken, kostete der 9,25 km lange doppelröhrige *Seelisberg-Autobahntunnel,* der — als Kernstück des N-2-Teilstücks Beckenried—Flüelen — am 12. Dezember 1980 feierlich eingeweiht wurde. Am 30. April 1981 schliesslich konnte im Stollen des *Furka-Eisenbahntunnels* der Fendant fliessen — beim Durchstich der 300-Millionen-«Röhre» zwischen Urserental und Goms, deren Verwirklichung wegen massiver Kostenüberschreitungen so manche politischen Turbulenzen verursacht hatte.

*

Verhältnismässig wenig Bewegung gab es dagegen an der *energiepolitischen* «Front»: Zwar fielen wichtige Vorentscheide hinsichtlich der Ausgestaltung eines Energieartikels in der Bundesverfassung; der Bundesrat verabschiedete, der politischen Stimmung im Land Rechnung tragend, einen Entwurf, der dem Bund wohl die Kompetenz verleihen würde, «Grundsätze auf(zu)stellen über die sparsame und rationelle Energieverwendung», dagegen die Zuständigkeit der Kantone im Energiebereich intakt liesse. Im Gegensatz zu den Empfehlungen der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) entschied sich die Landesregierung aber auch gegen die Einführung einer zweckgebundenen Energiesteuer. Unbeantwortet blieb weiterhin die Frage, auf welche Weise — abgesehen vom Sparen — der extrem hohe Erdölanteil (über 70 Prozent) an der schweizerischen Energieversorgung zurückgedämmt werden könne. Einmal mehr beschwor im September 1980 der iranisch-irakische Konflikt die Gefahr einer weltweiten Versorgungskrise herauf!

*

Während auf dem *Mediensektor* die anstehenden Weichenstellungen weiterhin auf sich warten liessen (Satellitenfernsehen, Kabelrundfunk, Radiowerbung usw.), kam der Bund auf anderen Rechtsgebieten ein gutes Stück voran: Der Ständerat genehmigte das *Eherecht,* das den Grundsatz der Partnerschaft verankert; zuhanden der eidgenössischen Volksabstimmung wurden die Verfassungsartikel über *«Gleiche Rechte für Mann und Frau»* (anstelle eines zurückgezogenen Initiativbegehrens) sowie über den *Konsumentenschutz* verabschiedet; dank einem neuen *Ausländergesetz* kann die Rechtsstellung der Gastarbeiter und ihrer Familien entscheidend verbessert werden (allerdings ohne Abschaffung des umstrittenen Saisonnierstatuts); in einer äusserst knapp verlaufenen Referendumsabstimmung wurde dem *Gurten- und Helmobligatorium* zugestimmt, und schliesslich konnte 1981, wie in allen umliegenden Ländern, erstmals die *Sommerzeit* eingeführt werden. Keine Gnade fanden dagegen im eidgenössischen Parlament Anträge, die auf eine *Aufwertung der Halbkantone* hinzielten. Schliesslich bleibt der vorübergehende *Kalbfleischboykott* zu erwähnen, zu welchem das Konsumentinnenforum aufgerufen hatte, nachdem auch in der Schweiz unzulässige Hormonmengen im Kalbfleisch entdeckt worden waren.